

Zur Organisation unserer Demokratie: Eine Wahl der Wohlhabenden?

Jakob Sturn, MSc.

Das Jahr 2024 ist geprägt von vielen Wahlen. Neben den Nationalratswahlen finden oder fanden heuer zwei Gemeinderatswahlen, die Arbeiterkammerwahlen, die Wahl zum EU-Parlament sowie zwei Landtagswahlen statt. Mit Ausnahme der Arbeiterkammerwahlen braucht es für die Teilnahme jeder Wahl einen europäischen Pass, für wichtigen Landtags- und Nationalratswahlen den österreichischen Pass. Diese Ungleichbehandlung zwischen Staatsbürger:innen und Ausländer:innen hat eine bedeutende ökonomische Perspektive. Durch den Ausschluss von Ausländer:innen an Wahl, schließt der Staat überproportional ärmere Gesellschaftsschichten von der Wahl aus. Der/ Die österreichische Median-Wähler:in ist reicher als die Median-Bevölkerung. Eine Wirtschaftspolitik für untere Gesellschaftsschichten wird damit demokratisch geschwächt.

Diese Studie hat das Ziel die ökonomischen Eigenschaften von Nicht-Wahlberechtigten in Österreich genauer zu beleuchten und so auf die Ungleichbehandlung ärmerer Bevölkerungsschichten aufmerksam zu machen. Konkret: In welchen Branchen, Regionen und Arbeitsverhältnissen sind Österreichs Ausländer:innen beschäftigt. Welche Erkenntnisse lassen sich durch die Wahlergebnisse jener Wahlen gewinnen, wo zumindest EU-Bürger:innen wahlberechtigt sind? Sind dort progressivere Wahlergebnisse zu erkennen?

2023 hatte rund ein Drittel der Wiener Bevölkerung eine ausländische Staatsbürgerschaft und wäre damit fast gänzlich von Nationalratswahlen ausgeschlossen. In ganz Österreich beträgt der Ausländer:innenanteil rund 20 Prozent. Untere Gesellschaftsschichten, die potenziell höhere Umverteilungspräferenzen haben, sind dadurch im Wählerverzeichnis unterrepräsentiert. Dem Grundsatz der Demokratie, gesellschaftliche Mehrheiten in der Politik abzubilden, wird in Österreich momentan nicht erfüllt.

Zusätzlich ist das Erlangen der österreichischen Staatsbürgerschaft durch die damit verbundenen bürokratischen und ökonomischen Hürden so restriktiv, dass es insbesondere ärmeren Ausländer:innen schwer gemacht wird, eine Staatsbürgerschaft und damit politische Mitbestimmung, zu erlangen. Einer:m Bewerber:in der österreichischen Staatsbürgerschaft muss nach Abzug der regelmäßigen Kosten (Miete, Betriebskosten, Kreditraten, etc.) 1.217,96 Euro zur Verfügung stehen. Bei der konservativen Annahme von 800 Euro regelmäßiger Kosten, benötigt ein:e Bewerber:in ein Nettogehalt von rund 2.200 Euro pro Monat. Das liegt rund 10% über dem Durchschnittsgehalt. Damit lässt die aktuelle Gesetzgebung nur Neo-Wahlberechtigte zu, die über dem Durchschnittseinkommen liegen. Das verschiebt das bereits bestehende Ungleichgewicht zwischen Median-Wähler:in und Median-Bevölkerung zusätzlich.